

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Union tritt die mediale und parlamentarische Debatte der kommenden Wochen und Monate als geschlossene Reformkraft an: Schneller, als von Rot-Grün erhofft, und mutiger, als von manchem Beobachter erwartet, haben sich die Präsidien von CDU und CSU auf vier wesentliche Reformen für den Arbeitsmarkt geeinigt. Wesentlich für das Gelingen waren die Grundlagen, die die Bundestagsfraktion mit ihrem 3-Stufen-Plan auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes Anfang Februar, fünf Wochen vor der „Agenda 2010“ des Bundeskanzlers, gelegt hat.

Mit den Beschlüssen der Union (s. S. 2) gehen drei zentrale Botschaften vom vergangenen Wochenende aus:

Die Vorschläge der Union sind nicht die Antwort auf Schröders „Agenda 2010“, sondern auf die Probleme des Landes. Die Vorschläge der Union sind nicht bloße Mangelverwaltung, wie jene von Rot-Grün, sondern zielen darauf, Wachstum, Dynamik und Arbeitsplätze zu schaffen.

Entscheidend in der Debatte der nächsten Wochen sind die konzeptionellen Grundaussagen, nicht die Detaildiskussionen. Die Union ist die entschlossene und einig Reformkraft des Landes.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Beschlüsse der Präsidien	...S.2
Opferschutz und Strafrecht	...S.4
Arbeitsplatzabbau bei Apotheken	...S.5
Nato-Erweiterung	...S.5
Miles and more, and more, and more....	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Beschlüsse der Präsidien



►► Die **Arbeitslosen- und Sozialhilfe** soll wieder Hilfe zur Selbsthilfe werden. Sie wird entsprechend der Forderung der Unions-Fraktion auf Höhe der Sozialhilfe zusammengelegt. Da es vorrangig um Reintegration in den Arbeitsmarkt geht, gilt der Grundsatz: Wer Arbeit oder Qualifizierung – gleich welcher Art, auch gemeinnützig – ablehnt, erhält eine pauschal um 30% gekürzte Leistung; auch dies eine Initiative der Fraktion. Wer hinzuverdient, dem wird ein wesentlich größerer Teil belassen. Dadurch wird der Charakter der Sozialhilfe als Lohnergänzungsleistung gestärkt. Die Träger der neuen Sozialhilfe wiederum sind verpflichtet, notfalls auch gemeinnützige Arbeit anzubieten. Die Union wendet sich gegen eine zentrale Bewirtschaftungsbürokratie. Die Trägerschaft wird deswegen dezentral organisiert.

Der SPD-Leitantrag zum Sonderparteitag hingegen sagt nichts mehr über ein Arbeitslosengeld II „in der Regel auf dem Niveau der Sozialhilfe“. Effiziente Sanktionen bei Arbeitsunwilligkeit gibt es nicht und richten soll alles die ohnehin schon überforderte Bundesanstalt für Arbeit.

Die **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** sollen entsprechend der Forderung der Fraktion auf 5% gesenkt werden. Dazu werden die ineffizienten Bereiche der aktiven Arbeitsmarktpolitik, z.B. das JUMP-Programm und ABMs, stufenweise gestrichen. Das Arbeitslosengeld wird mittelfristig auf eine Bezugszeit von 12 Monaten, bis zu 18 Monaten bei längeren Beitragszeiten, begrenzt.

Aus Vertrauensschutzgründen und wegen der extrem schwierigen Arbeitsmarktlage für Ältere gilt für eine Übergangszeit eine Bezugsdauer von 24 Monaten bei 40 Versicherungsjahren.

Bei Rot-Grün hingegen ist nichts von einer Senkung der Lohnnebenkosten zwecks Schaffung von mehr Arbeit zu hören.

Was beim Arbeitslosengeld eingespart werden soll, ist offensichtlich für die Haushaltssanierung verplant. Schröder betreibt hier bei genauem Hinsehen keine innovative Beschäftigungs-, sondern nur kurzatmige Fiskalpolitik.



Bei der **Tarifverfassung** gilt die Vereinbarung aus der Klausurtagung der Fraktion, dass betriebliche Bündnisse für Arbeit Abweichungen vom Tarifvertrag während der Laufzeit eines Tarifvertrages ohne Zustimmung der Tarifparteien, längerfristige Abweichungen mit Zustimmung der Tarifparteien vereinbaren können. So werden maßgeschneiderte Lösungen für die einzelnen Betriebe gerade in Krisenzeiten möglich und mehr Beschäftigung erhalten bzw. geschaffen.

Rot-Grün hingegen sieht überhaupt keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Außer wohlfeilen Bitten an die gute Einsicht der Gewerkschaften soll nichts passieren.

Die Konzeption der Fraktion für den **Kündigungsschutz** ziele einerseits auf den Schutz der Arbeitsplatzinhaber, andererseits auf mehr Chancen für die Arbeitsplatzsuchenden. Dieser Ansatz ist bestätigt worden; er wurde zugleich für Neueinstellungen in Betrieben unter 20 Mitarbeitern ausgeweitet, indem in diesen Fällen nicht die Option zwischen Kündigungsschutzklage und Abfindung greift, sondern das Kündigungsschutzgesetz ganz entfällt. Viele kleine Betriebe des Mittelstandes haben signalisiert, dass dies für sie eine wichtige Voraussetzung für Neueinstellungen ist.

Rot-Grün hingegen will nur den Betrieben bis 5 Mitarbeiter eine begrenzte Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse erlauben, ohne dass dies die Kündigungsschutzschwelle auslöst. Das hilft dem Mittelstand nicht weiter, fördert aber die Umstellung von unbefristeten auf befristete Arbeitsverhältnisse. Auch die anderen Betriebe gehen de facto leer aus.

Ein Optionsmodell, das seinen Namen verdient und den Unternehmen ein echtes Plus an Planungssicherheit bietet, ist nicht vorgesehen. Für die beginnende Rentendebatte gilt neben



Wußten Sie schon,

...dass die Deutschen weltweit für ihren Fleiß bekannt sind? Tatsächlich arbeiteten sie 2000 im Schnitt 1489 Stunden. Das sind fast 15 Prozent weniger als 1980. Die Zahlen werden von der Internationalen Labour Organisation (ILO) veröffentlicht. Die Amerikaner etwa sind dagegen deutlich fleißiger. In den USA kamen die Arbeitnehmer 2000 auf durchschnittlich 1778 Arbeitsstunden. Die Arbeitsleistung pro Kopf stieg in den USA im Vergleich zu 1980 sogar noch um fünf Prozent.

unseren schon bekannten Forderungen nach Einführung eines demographischen Faktors und radikaler Vereinfachung der Riester-Rente: Das tatsächliche Renteneintrittsalter muss durch höhere Abschläge bei der Frühverrentung angehoben werden. Langfristig kommt es für die abschlagsfreie Rente vor allem auf die Beitragszeit - 45 Jahre - an, nicht mehr so sehr auf das Lebensalter. Mehr Flexibilität für den Arbeitnehmer beim Renteneintritt ist dringend geboten.



Rot-Grün hingegen ist mit Rürups „Nachhaltigkeitsfaktor“ konzeptionell erst da angekommen, wo die Union schon vor sechs Jahren stand.

Schwere Konstruktionsfehler wie die Quersubventionierung durch die Ökosteuern, die Bürokratisierung der geförderten privaten Vorsorge und die willkürlichen Rentenkürzungen werden weiterhin mitgeschleppt. <<

Opferschutz und Strafrecht

▶▶ Am Donnerstag wurden die Unionsinitiativen zum **Opferschutz** und zum **Strafrecht** debattiert.

Der Entwurf für ein „**Gesetz zur Stärkung der Opfer im Strafprozess**“ zielt auf eine Neubestimmung der Rolle des Verletzten im Prozess.

Ingrid Fischbach: "Die Opfer sollen nicht mehr wie bisher weitgehend nur als Zeuge auftreten müssen, sondern als gleichberechtigte Prozessbeteiligte ihre Interessen vor Gericht vertreten."

Eine Initiative der Unionsländer im Bundesrat schafft die Voraussetzung für den **Widerruf einer Strafaussetzung**.

Damit soll das Problem gelöst werden, dass es immer wieder zu Fällen kommt, in denen bereits verurteilte Straftäter erneut straffällig werden, ihnen zuvor gewährte Strafaussetzungen zur Bewährung aber nicht widerrufen werden können. <<

Arbeitsplatzabbau bei Apotheken:



▶▶▶ Trotz Umsatzplus von rund 7% im ersten Quartal 2003 haben die deutschen Apotheker den Abbau von bis zu 15.000 Jobs bis Jahresende angekündigt. Grund sei das Sparpaket der Bundesregierung, wonach die Apotheken allein im ersten Quartal 125 Mio. Euro mehr Zwangrabatte an die Krankenkassen abführen mussten als im Vorjahr. (Quelle: dpa 23.4.2003) . ◀◀◀



Ingrid Fischbach MdB im Gespräch mit Herner Apothekern

NATO- Erweiterung

▶▶▶ Am Freitag haben wir im Rahmen der Debatte über die **NATO-Erweiterung** für die Revitalisierung der transatlantischen Sicherheitsstrukturen geworben:

- Nur gemeinsam mit Amerika kann Europa den neuen Bedrohungen für seine Sicherheit wirksam begegnen. Deshalb bleibt die NATO unverzichtbar.
- Die NATO muss sich auch über das Bündnisgebiet hinaus den neuen Gefahren stellen, die sich aus zunehmender Instabilität in den europäischen Nachbarregionen, aus internationalem Terrorismus, aus



Spruch der Woche

"Ich bin sehr dafür, dass die Gehälter und Abfindungen von Managern nicht stärker steigen sollen als die Löhne der Beschäftigten."

Edmund Stoiber,
CSU- Vorsitzender und
Ministerpräsident Bayerns

zusammenbrechenden Staaten und aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ergeben.

- Die NATO wird nur dann ihre Aufgaben erfüllen können, wenn die eklatanten technologischen Lücken innerhalb des Bündnisses geschlossen werden. Die baldige Einsatzbereitschaft der in Prag beschlossenen Nato Response Force (NRF) hat deshalb oberste Priorität.



Ingrid Fischbach: "Deutschland wird seinen Verpflichtungen in der NATO wie in der EU nur nachkommen können, wenn die Verteidigungsausgaben mittelfristig an den Durchschnitt der traditionellen NATO-Staaten angeglichen werden." ◀◀

Miles and more, and more, and more...

Rezzo Schlauch kann es nicht lassen:

▶▶ Der im vergangenen Jahr wegen Bonus-Flügen auf den Posten des Parlamentarischen Staatssekretärs weggelobte Grüne hat wieder einmal Fingerspitzengefühl vermissen lassen: Während einer von seinem Ministerium organisierten und bezahlten USA-Reise hatte Schlauch nur an 10 von 21 Tagen dienstliche Termine.

Der restliche Aufenthalt war privater Natur. Nach seiner Rückkehr musste Schlauch sich rechtfertigen: Die Reise sei in allen Details geprüft und genehmigt, den privaten Anteil werde er selbstverständlich aus eigener Tasche zahlen. Schlauch betonte, mit der Reise habe er die *"gute Tradition meiner Auslandsreisen fortgesetzt"*. (Frankfurter Rundschau 2.5.2003)
Dem ist nichts hinzuzufügen.

*P.S. Wir freuen uns sehr, Ihnen heute die **50. Ausgabe** von BERLIN Die Woche ▶▶ präsentieren zu können. Sollten Sie Anregungen, Fragen, Kritik.o.ä. haben, bitte wenden Sie sich an uns. Wir freuen uns über jede Rückmeldung!!!*



... das Allerletzte!

118 Millionen Ikea-Kataloge werden jährlich gedruckt, mehr als von jedem anderen Buch nach der Bibel. Das Kompendium des Möbelriesen wird weltweit in 23 Sprachen übersetzt. 26 Millionen Exemplare der farbigen Bände gehen nach Deutschland.